

Die Meinung des Redaktors

Autor(en): **Hungerbühler, Werner**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **72 (1997)**

Heft 11

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

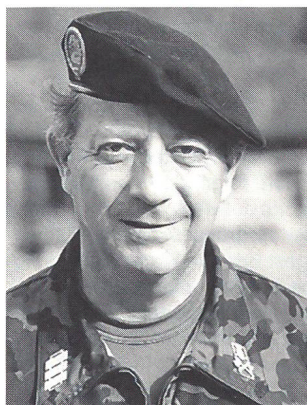
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Vom gefährlichen Spiel mit dem Feuer



Vor kurzem war das Schweizer Fernsehen bei den Artilleristen zu Gast. Auf dem Bildschirm konnte man sehen, wie sich eine bekannte schweizerische Politikerin mit ihnen unterhielt. Thema war die bereits 1995 begonnene Modernisierung der Panzerhaubitze M-109. Bekanntlich könnte das Geschützrohr dieser Haubitze verlängert und dadurch eine grössere Schussdistanz erreicht werden. Die Dame des politischen Parketts stellte mit sichtbarer Ironie die Frage: «Wenn sie weiter schiessen müssen, ist denn der Feind weiter hinten anzutreffen?» Betretenes Schweigen auf Seite der Truppe war die Antwort. Unausgesprochen blieb der weitere Gedankengang der Politikerin: Wenn doch kein Feind vorhanden sei, müssten auch die Geschützrohre nicht verlängert werden; im Endeffekt brauche es überhaupt keine Armee mehr. Ich meine: Wer so überlegt, macht sich die Sache zu einfach und zeigt keine politische Verantwortung.

Welcher Gemeinde käme es wohl in den Sinn, ihre Feuerwehr aufzulösen und die Geräte zu verkaufen, weil es im Dorf schon seit Jahren nicht mehr gebrannt hat? Oder: Welcher Bürger verzichtet auf seine Krankenversicherung, weil er bis dahin hat gesund bleiben dürfen? Oder: Welcher Hausbesitzer schliesst die Haustüre nicht, weil er bis jetzt vor einem Einbruch verschont geblieben ist? Solches Handeln wäre einfach kurzfristig und verantwortungslos.

Gewiss ist im jetzigen Augenblick kein Feind an unsern Grenzen auszumachen, der unser Land bedrohen könnte. Aber weder eine Politikerin noch irgend jemand kann voraussagen, wie lange uns dieser Zustand erhalten bleibt. Unsere Armee zu schwächen, weil zurzeit kein militärischer Gegner vorhanden ist, gleiche einem gefährlichen Spiel mit dem Feuer. Ich bin froh, dass nicht alle Bürgerinnen und Bürger der Schweiz so fahrlässig denken. Vor mir liegen die Jahresstudien «Sicherheit» der militärischen Führungsschule an der ETHZ in Zusammenarbeit mit der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktforschung. Diese Studien dienen der Trendermittlung in der sicherheits- und wehrpolitischen Meinungsbildung der Schweiz. Darin ist zum Thema «Militärische Landesverteidigung» zu lesen: «Nach einem möglicherweise durch EMD-interne Skandale bewirkten Tiefpunkt 1996 erreicht die Zustimmung zur Notwendigkeit der Armee 1997 wiederum die 70-Prozent-Schwelle. Auch die wehrtragende Altersgruppe der 20- bis 29jährigen sagt mehrheitlich ja zur Armee (58 Prozent). Die Armeekzeptanzrate wird nur bedingt über die äussere Bedrohungswahrnehmung entschieden. Letzterer kommt, zumindest in Zeiten relativer Sicherheit, keineswegs die Bedeutung zu, die ihr häufig zugeschrieben wird. Vielmehr sind es in erster Linie innenpolitische Faktoren, die die Bewertung des Militärs bestimmen.»

Und zum Thema «Wehrstruktur» kann in der Studie folgendes nachgelesen werden: «Die im Vorjahr konstatierte erhöhte Zustimmung für eine Berufsarmee ist auch in diesem Jahr festzustellen (36 Prozent). Ob hinter der entsprechenden Sympathie grundsätzliche Überlegungen über die optimale Wehrstruktur stehen, ist eher zu bezweifeln. Die überdurchschnittlichen Befürworteranteile unter der wehrbetroffenen Altersgruppe der 18- bis 29jährigen deuten eher auf eine «Ja-aber-ohne-mich»-Methode für das gestiegene Interesse an Freiwilligenstreitkräften.»

Bekanntlich wird im EMD zurzeit voll Elan an der «Armee der nahen Zukunft» gearbeitet. Die Schwachstellen der Armee 95 sind zwar noch nicht behoben, doch das scheint für einige Planer nicht gravierend zu sein, denn jetzt steht bereits die «Armee 2005» auf der Traktandenliste. Bereits im Frühling wurde die Absicht des Chefs EMD bekanntgegeben, zur Ausarbeitung des Leitbildes «Armee 2005» eine strategische Studienkommission einzusetzen. Grund zur Einsetzung dieser Kommission besteht durchaus angesichts der Unsicherheit in strategischer Hinsicht, die sich zwangsläufig aus der Erschütterung durch den Zerfall des sowjetischen Imperiums und durch die sprunghaften technologischen Fortschritte ergibt. Der Entschluss von Bundesrat Adolf Ogi war also richtig, mögliche Entwicklungen und die daraus möglichen Folgen unvoreingenommen erwägen und prüfen zu lassen, ehe anschliessend an eine erneute Armee reform herangetreten würde.

Seit der Bekanntgabe der Zusammensetzung der unter Botschafter Brunner arbeitenden Kommission ist klar, dass es sich nicht um ein Strategie-Fachgremium handelt. Mitglieder sind Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Diplomatie und Journalismus. Mit einem Gremium von Spezialisten zu militärisch-strategischen Fragen hat diese Kommission nichts zu tun. Sie soll aber, unter Beizug von Experten, Fragen beantworten wie «Welche Entwicklungen des sicherheitspolitischen Verhältnisses der Schweiz zu Europa sind in den nächsten 20 bis 25 Jahren mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit denkbar?» Oder «Von welchen zu erwartenden strategisch relevanten Gewaltakten und existentiellen Risiken ist auszugehen?»

Die Kommission hat inzwischen eine eingehende Bedrohungsanalyse ausgearbeitet. Deren Ergebnisse gelangten durch Indiskretion vorzeitig an die Presse. Wie aus ihr zu erfahren war, vertritt die Kommission die Auffassung, dass die Verteidigung der Schweiz in Zukunft nur noch in beschränktem Masse vom Militär gewährleistet werden könne. Nach Ansicht der Kommission zeichnet sich immer deutlicher die folgende «revolutionäre» Armee ab:

- Statt in einer RS und während 25 Jahren in Wiederholungskursen sollten die Wehrpflichtigen während rund zehn Monaten ihre Dienstpflicht erfüllen. Dadurch entstünde ein stehendes Milizheer von rund 30 000 Mann.
- Danach sollten die Milizsoldaten noch während rund fünf Jahren als Reserve in ihren voll ausgerüsteten Einheiten eingeteilt bleiben. Die rasch mobilisierbare Streitmacht würde demnach 150 000 Mann umfassen.
- Die Luftwaffe, Einheiten für internationale «Solidaritätseinsätze» und hochtechnisierte Heeresformationen sollten teils aus Berufsleuten bestehen. Insgesamt käme das Land so auf rund 10 000 Berufsmilitärs. Das wären zusammen mit den 1500 EMD-Beamten deutlich weniger als die rund 16 000 Leute, die derzeit beim EMD beschäftigt sind.

Fazit: Die bestehende Armee 95 würde professionalisiert und auf rund 190 000 Mann halbiert werden. «Wir rechnen mit einem Rückgang des EMD-Budgets von heute 4,7 Milliarden auf knapp 4 Milliarden», liess sich ein Armeepianer in der Presse verlauten. Ausserdem würde die Privatwirtschaft wegen der wegfallenden WK weit über 1 Milliarde Franken jährlich einsparen. Berechnungen darüber, welche Sozialkosten die verloren gegangenen Arbeitsplätze verursachen werden, haben die Armeepianer jedoch nicht angestellt. Die «revolutionäre Armee» brächte also die Halbierung der Truppe und die Bildung einer Kerntruppe von 10 000 Berufssoldaten für Solidaritätseinsätze.

Bis zur Armee reform 95 bestand die Armee aus rund 600 000 Wehrmännern. Nach dem einschneidenden Projekt A95 wurde der Bestand auf rund 400 000 Mann reduziert und kostete einige tausend Arbeitsplätze. Nach dem Willen der Strategie-Kommission sollten nun weitere 200 000 Soldaten eingespart werden. Auf diese Weise würde die von linken Kreisen propagierte Armeehalbierung durch das EMD selber vorgenommen.

Von einer schweizerischen Tageszeitung zum Thema «Wehrmodell der Zukunft» befragt, äusserte sich Bundesrat Adolf Ogi wie folgt: «Das Wehrmodell muss man diskutieren, denn wir stehen in einem Wettbewerb. Geändert hat auch die Bedrohungslage, und die Finanzpläne zwingen uns ebenso zu Anpassungen. Die geringeren Bestände führen dazu, dass die Armee 95 im Jahre 2005 so nicht mehr umgesetzt werden kann. Bevor man aber die Milizarmee aufgibt, muss man wissen, ob es Alternativen gibt. Ich bin der Meinung, es gibt zurzeit nichts Besseres für dieses Land als ein Milizsystem.»

Diese Formulierung widerspricht der ebenfalls durch die Presse an die Öffentlichkeit gelangte Aussage, Bundesrat Ogi sei vom einschneidenden Systemwechsel überzeugt, welchen die Kommission Brunner empfiehlt. So sagte der Chef EMD am 18. August 1997 vor Offizieren in Chur, er wolle «eine sehr beschränkte Teilprofessionalisierung» für Friedensmissionen der Armee «mit offenen Geist prüfen».

Diese Medienberichte haben eine tiefe Verunsicherung in den Reihen der Milizorganisationen ausgelöst. Ich wünsche mir, sehr geehrter Herr Bundesrat Ogi, dass der Miliz im Rahmen des korrekten politischen Entscheidungsprozesses ein Mitspracherecht bei der Ausgestaltung der künftigen Armee zugestanden wird.

Mit freundlichen Grüssen

Werner Hungerbühler